

- Ortenberg -

Herrn

Karl Schless
Innenminister

Oberlingen

Sehr geehrter Herr Innenminister!

Am 12. März 1973 haben Sie in Freiburg die Zielplanung für die Region Südlicher Oberrhein bekanntgegeben. In diesem 3. Entwurf der Landesregierung ist unsere Gemeinde Ortenberg als Teilverwaltungsraum des Verwaltungsräumtes Offenburg ausgewiesen. Diese Entscheidung der Landesregierung HÄT bei der hiesigen Bevölkerung Freude und Zustimmung erhalten. Der Gemeinderat der Gemeinde Ortenberg hat in einem einstimmigen Beschluß der Zielplanung zugestimmt und diese, wie Sie selbst gesagt haben, als fairen Kompromiß empfunden.

Die CDU ist in Ortenberg mit Abstand die stärkste politische Kraft (Wahlergebnisse bis über 60 %, bei Wahlbeteiligungen bis 90 %). Bei der letzten Bürgermeisterwahl im Jahre 1969 erhielt der Kandidat der CDU bei einer Wahlbeteiligung von über 90 % rund 2/3 aller abgegebenen Stimmen. Im Gemeinderat verfügt die CDU über die 2/3 Mehrheit. Mit diesen Ausführungen möchten wir sagen, daß wir für den überwiegenden Teil der Bevölkerung deren politische Repräsentanz darstellen. Vermerkt werden muß, daß die hiesige SPD in Sachen Zielplanung keinen anderen Standpunkt wie wir vertritt.

Mit unserem heutigen Schreiben wenden wir uns an Sie, weil wir von tiefer Sorge erfüllt sind. Nach Bekanntwerden der 3. Zielplanungsrunde hat unser großer Nachbar Offenburg eine bisher noch nicht dagewesene Pressekampagne gegen die Gemeinde entfesselt, die in der Feststellung des Oberbürgermeisters der Stadt Offenburg gipfelte, die Stadt werde den Fehltritt der Landesregierung (Teilverwaltungsraum Ortenberg) ausblühen. (Äußerung des Oberbürgermeisters, veröffentlicht im Offenburger Tageblatt vom 29. 3. 73). In Offenburger Kreisen spricht man schon unter der hohlen Hand, daß es

sicher sei, daß die Zielplanungskonzeption der Landesregierung im Raum Offenburg dahingehend geändert werde, daß der Teilverwaltungsraum Ortenberg aus der endgültigen Zielplanung die für verbindlich erklärt werden soll wieder herausgenommen werde. Man beruft sich darauf, daß man schließlich als Größerer auch das größere Gewicht in Stuttgart habe und den längeren Arm zur Landesregierung und Parlament.

Wenn es in dieser Frage selbstverständlich nach dem Motto geht, daß der Stärkere recht hat, bzw. Recht bekommt in seiner Argumentation, stehen wir auf verlorenem Posten. Wenn es aber in irgend einer Form in Sachen Gemeindereform noch Gerechtigkeit gibt, so kann an unseren Argumenten nicht vorbeigegangen werden und ist unser Verlangen als Teilverwaltungsraum des Verwaltungsraumes Offenburg mit unserem Nachbarn eine zukunftssträchtige Politik für unsere Gemeinde als selbständiges Gemeinwesen zu betreiben bestimmt nicht mehr als billig. Die Ausweisung der Gemeinde Ortenberg als Teilverwaltungsraum, steht schließlich nicht im Gegensatz zu den Zielplanungsgrundsätzen, wobei nicht vergessen werden darf, daß die Stadt bereits 10 Gemeinden eingemeindet hat und eine Eingemeindung der Gemeinde Ortenberg in das Stadtgebiet keine Notwendigkeit, sondern eine Abrundung und Bereicherung darstellt. Dieser Tatbestand wird niemanden auch nicht von der Stadt Offenburg bestritten. Was die Verflechtungen mit der Stadt selbst angeht, sind diese nicht enger und nicht loser als mit den anderen Teilverwaltungsräumen.

Bei einer Änderung der Zielplanung mit der Konsequenz, daß der Teilverwaltungsraum Ortenberg wieder aus dieser gestrichen wird, würden die Hoffnungen der hiesigen Bevölkerung zerstört werden und die CDU in den Bereich der Unglaubwürdigkeit gebracht.

Wir möchten nochmals darauf hinweisen, daß wir stets erklärt haben, daß die Gemeinde bereit ist als Teilverwaltungsraum mit unserem großen Nachbarn Offenburg in enger Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Wir sind bereit das Angebot der Landesregierung in der 3. Zielplanungsrunde anzunehmen und entschieden uns hiermit für ein echtes Reforminstrument.

Sehr geehrter Herr Innenminister!

Der Ortsverband Ortenberg der CDU bittet Sie deshalb sich für ihn zu verwenden, daß die Zielplanung in der derzeitigen Form keine Änderung mehr erfährt. Die Gemeinde besitzt eine ordnungsgemäße Verwaltung, geordnete

Finanzen und ist hinsichtlich der Daseinsfürsorge auf dem neuesten Stand.

Ein junger dynamischer Bürgermeister der CDU (32 Jahre alt) hat in den letzten Jahren eine erfolgreiche Tätigkeit aufzuweisen, die letztlich auch u unserer Partei zu Gute kommt. Parteipolitisch, dies sei aber nur nebenbei gesagt, sind wir der Auffassung, daß es der CDU von Nutzen ist, wenn neben einer Stadt sich eine ländliche Gemeinde entwickeln kann, deren führende politische Kraft die CDU auf Jahre hinaus sein wird, die ein erfolgreiches Wirken versichern kann.

Die übrigen Argumente werden in der offiziellen Stellungnahme der Gemeinde zur Zielplanung zum Ausdruck gebracht werden.

Wir bitten um Ihr Verständnis, wenn wir uns in dieser Form an Sie gewandt haben.

Mit freundlichen Grüßen

(Münchenbach)

Münchenbach
1. Vorsitzender